

**Handout Betriebsanweisung und Anlagendokumentation nach TRwS 779 (Juni 2023; Auszug)****10.2 Betriebsanweisung****10.2.1 Allgemeines**

- (1) Der Betreiber hat gemäß § 44 Absatz 1 AwSV eine Betriebsanweisung zu erstellen und vorzuhalten. Die Betriebsanweisung setzt sich insbesondere zusammen aus
  - der Festlegung von Maßnahmen zum Verhalten im bestimmungsgemäßen Betrieb gemäß § 44 Absatz 2 AwSV (siehe 10.2.2),
  - einem oder mehreren Instandhaltungsplänen (siehe 10.2.3) und
  - einem oder mehreren Notfallplänen (Maßnahmen für den nicht bestimmungsgemäßen Betrieb, siehe 10.2.4).
- (2) Auf die Notwendigkeit der Erstellung einer Betriebsanweisung bei Nutzung von Abwasseranlagen als Auffangvorrichtungen gemäß § 22 Absatz 3 AwSV wird hingewiesen.
- (3) Auf die zulässigen Abweichungen gemäß § 44 Absatz 4 AwSV wird hingewiesen.
- (4) Die Betriebsanweisung ist auf der Grundlage der Anlagendokumentation gemäß § 43 Absatz 1 AwSV zu erstellen.
- (5) Der Umfang der Betriebsanweisung ist im Einzelfall nach den Besonderheiten der Anlage und ihres Betriebs auszulegen.
- (6) Die Betriebsanweisung nach AwSV darf auch mit nach anderen Rechtsvorschriften (z. B. GefStoffV, BetrSichV) erforderlichen Betriebsanweisungen zusammengefasst werden, wenn die nach AwSV notwendigen Angaben kenntlich gemacht sind.

**10.2.2 Festlegung von Maßnahmen zum Verhalten im bestimmungsgemäßen Betrieb**

- (1) Die Festlegungen von Maßnahmen zum Verhalten im bestimmungsgemäßen Betrieb beinhalten alle Festlegungen, die gemäß Planung der Anlage für den bestimmungsgemäßen Betrieb erforderlich sind. Diese Maßnahmen sind gegebenenfalls aufgrund betrieblicher Erfahrungen zu aktualisieren. Verweise auf andere Unterlagen sind zulässig.
- (2) Beispiele für Maßnahmen zum Verhalten im bestimmungsgemäßen Betrieb sind
  - die erforderliche Reihenfolge der Maßnahmen beim An- und Abkuppeln von Schläuchen zur Befüllung von Behältern;
  - die Kontrolle von Anlagenteilen vor ihrer jeweiligen Verwendung durch Inaugenscheinnahme und erforderlichenfalls durch eine Funktionskontrolle auf offensichtliche Mängel;
  - die Kontrolle von Kontrolleinrichtungen unterirdischer Rohrleitungen;
  - die Aufnahme von unvermeidbaren Tropfleckagen inkl. Entleerung, Reinigung und Entsorgung;
  - die Maßnahmen zur gegebenenfalls erforderlichen Entwässerung von Rückhalteeinrichtungen;
  - die Maßnahmen beim Entfernen von Spänen mit anhaftenden wassergefährdenden Stoffen (Kühlschmiermitteln) aus Werkzeugmaschinen;
  - die Maßnahmen zum Transport von Teilen mit anhaftenden wassergefährdenden Stoffen von einem Becken zu einem anderen in einer Galvanikanlage;
  - das Abdecken von festen wassergefährdenden Stoffen im Freien zur Vermeidung von Wasserzutritt.

**10.2.3 Instandhaltungsplan****10.2.3.1 Allgemeines**

- (1) Ein Instandhaltungsplan dient der Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Zustands einer Anlage und setzt sich aus einem Wartungsplan und einem Überwachungsplan zusammen. Verweise auf andere Unterlagen sind zulässig.

- (2) Die erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen sind unter Berücksichtigung der betrieblichen und anlagenspezifischen Gegebenheiten festzulegen.
- (3) Die im Instandhaltungsplan festgelegten Maßnahmen sind gegebenenfalls aufgrund von Änderungen oder betrieblichen Erfahrungen zu aktualisieren.
- (4) Durchgeführte Maßnahmen sind zu dokumentieren.
- (5) Für einwandige unterirdische Rohrleitungen gilt Anhang C.

#### **10.2.3.2 Wartungsplan**

- (1) Wartungsmaßnahmen können das Fortschreiten der Abnutzung von Anlagenteilen verzögern oder im besten Fall ganz verhindern. Wartungsmaßnahmen sind zum Beispiel Nachstellen, Schmieren, Konservieren, Nachfüllen, Ergänzen oder Ersetzen von Betriebsstoffen oder Verbrauchsmitteln (z. B. Schmier- oder Kühlstoffe) und das planmäßige Austauschen von Verschleißteilen (z. B. Filter oder Dichtungen), wenn deren noch zu erwartende Lebensdauer offensichtlich oder gemäß Herstellerangabe kürzer ist als das nächste Wartungsintervall. Auch das Reinigen von Anlagenteilen ist Bestandteil der Wartung.
- (2) Grundsätzlich ist ein die Wartungsmaßnahmen von Anlagenteilen beschreibender Wartungsplan erforderlich. Im Wartungsplan sind auch Häufigkeiten und Verantwortlichkeiten festzulegen. Für die Anlagenteile, die keiner Wartung bedürfen, kann auf einen Wartungsplan verzichtet werden.

#### **10.2.3.3 Überwachungsplan**

- (1) Der Überwachungsplan ist auf der Grundlage von insbesondere
  - gesetzlichen Vorgaben (z. B. Prüfpflichten nach AwSV),
  - behördlichen Zulassungen,
  - technischen Regelwerken,
  - betrieblichen Erfahrungen und
  - Hersteller- und Planungsvorgabenzu erstellen.
- (2) Im Überwachungsplan sind die technischen und organisatorischen Maßnahmen
  - zur Feststellung des Zustands der Anlage und der Anlagenteile (z. B. erforderliche Kontrollgänge, Funktionskontrollen von Sicherheitseinrichtungen, Schutzvorkehrungen, gegebenenfalls erforderliche Sachverständigenprüfungen) sowie
  - zur Erkennung von Abweichungen vom bestimmungsgemäßen Betrieb der Anlage (z. B. beginnende Leckagen, Feststellung von Stoffen in einer Rückhalte- oder Kontrolleinrichtung)festzulegen. Im Ergebnis der Überwachung sind gegebenenfalls weitergehende Maßnahmen (z. B. Instandsetzungsmaßnahmen, veränderte Überwachungs- oder Inspektionsintervalle) zu veranlassen.
- (3) Im Normalbetrieb muss bei abgedeckten Dichtschichten weder der Betreiber noch der Sachverständige die Dichtschicht in Augenschein nehmen, wenn vom Zustand der Schutz- und Verschleißschicht auf den Zustand der Dichtschicht geschlossen werden kann.

#### **10.2.4 Notfallplan (Maßnahmen für den nicht bestimmungsgemäßen Betrieb)**

##### **10.2.4.1 Allgemeines**

Im Notfallplan gemäß § 44 Absatz 1 Satz 1 AwSV sind die technischen und organisatorischen Maßnahmen festzulegen, die für die Schadenbegrenzung bei ausgetretenen wassergefährdenden Stoffen vorgesehen sind oder aufgrund denkbarer Betriebsstörungen durchgeführt werden müssen.



Dabei sind die im Rahmen der Anlagenplanung für die Schadenbegrenzung vorgesehenen Maßnahmen zu berücksichtigen.

#### 10.2.4.2 Maßnahmen bei Leckagen (Schadenbegrenzung)

Sollen ausgetretene wassergefährdende Stoffe in einer Rückhalteeinrichtung zurückgehalten werden, ist ein Notfallplan aufzustellen, der mindestens die folgenden Punkte beinhaltet:

- Maßnahmen zum Aufnehmen von Leckagen (z. B. Verwendung von Bindemitteln, Reinigen der Flächen, Abpumpen oder -saugen aus Rückhalteeinrichtungen) unter Berücksichtigung der maximal zulässigen Beanspruchungsdauer;
- Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von Leckagen (z. B. Abdichten von Bodenabläufen, Abschaltung von Pumpen, Schließen von Absperrereinrichtungen);
- Maßnahmen zur Sicherstellung, dass das Rückhaltevolumen bis zum Wirksamwerden geeigneter Maßnahmen nicht überschritten wird (z. B. Umpumpen aus der Rückhalteeinrichtung in andere Behälter/Rückhalteeinrichtungen, Abdichten von Lecks, Überführung in den sicheren Zustand einer Anlage);
- gegebenenfalls Entleerung oder Außerbetriebnahme der Anlage;
- Verfügbarkeit über erforderliches Personal, Geräte und Einrichtungen;
- Festlegung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten;
- interne Informations- und Meldekette mit Nennung von Namen und Erreichbarkeiten;
- Verfahren zur Einbeziehung von Hilfsdiensten (z. B. Werk- oder externe Feuerwehr);
- gegebenenfalls Kriterien und Zuständigkeiten zur Auslösung von Maßnahmen nach Abschnitt 10.2.4.3.

#### 10.2.4.3 Maßnahmen bei Leckagen mit Austritt aus der Anlage (Alarm- und Maßnahmenplan)

- (1) Wenn bei einer Betriebsstörung der Austritt wassergefährdender Stoffe aus einer Anlage in die Umwelt oder z. B. in ein Gebäude nicht ausgeschlossen werden kann, ist ein Alarm- und Maßnahmenplan aufzustellen, der mindestens die folgenden Punkte beinhaltet:
  - Verfügbarkeit über erforderliches Personal, Geräte und Einrichtungen einschließlich gegebenenfalls erforderlicher Schutzausrüstungen;
  - Festlegung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten;
  - interne Informations- und Meldekette mit Nennung von Namen und Erreichbarkeiten;
  - Festlegung von Kriterien zur Einschaltung von externen Stellen, wie für die Gefahrenabwehr zuständige Behörden und Feuerwehr, sowie die zugehörigen Alarmierungsverfahren;
  - erforderliche Maßnahmen zur Verhinderung oder Minimierung sowie Beseitigung von Gefährdungen und Schäden.
- (2) Auf die Notwendigkeit von Alarm- und Maßnahmenplänen für bestimmte Anlagen gemäß § 34 Absatz 2 AwSV wird hingewiesen.

#### 10.2.4.4 Maßnahmen bei äußeren Einwirkungen

Wenn schädigende Einflüsse auf die Anlage von außen (z. B. Überschwemmung, extreme Witterungen) einwirken können, sind dafür Maßnahmen vorzusehen, und in den Notfallplan aufzunehmen.

### 10.3 Anlagendokumentation

- (1) Der Betreiber hat gemäß § 43 Absatz 1 AwSV eine Anlagendokumentation zu führen (d. h. zu erstellen und aktuell zu halten). In der Anlagendokumentation dürfen auch erforderliche

Dokumentationen nach anderen Rechtsvorschriften (z. B. GefStoffV, BetrSichV) enthalten sein. Die Anlagendokumentation oder Teile davon dürfen auch in anderen Dokumenten (z. B. behördlichen Genehmigungen) oder Dokumentationen (z. B. nach anderen Rechtsvorschriften) enthalten sein, wenn die nach AwSV notwendigen Angaben kenntlich gemacht sind oder auf diese Angaben gezielt zugegriffen werden kann.

(2) In der Anlagendokumentation müssen neben der Anlagenabgrenzung gemäß § 14 AwSV Angaben oder Unterlagen insbesondere zu den folgenden wasserrechtlich relevanten Sachverhalten, sofern zutreffend, enthalten sein:

- Lageplan der Anlage, gegebenenfalls mit eingezeichneten Wirkungsbereichen und Umschlagflächen;
- Auflistung oder Darstellung der ober- und unterirdischen Anlagenteile der Anlage;
- Bauarten und Werkstoffe der wesentlichen Anlagenteile mit zugehörigen Lageplänen;
- verwendete Sicherheitseinrichtungen und Schutzvorkehrungen;
- Rohrleitungsplan;
- in der Anlage eingesetzte wassergefährdende Stoffe (Stoffe und Gemische gemäß Kapitel 2 AwSV) mit Angabe der WGK bzw. der Eigenschaft „allgemein wassergefährdend“;
- maßgebendes Volumen oder Masse und Gefährdungsstufe;
- Lage der Anlage in einem Schutzgebiet mit Angabe der Zone, einem Überschwemmungsgebiet mit Angabe des aktuellen HQ100-Pegels oder einem durch Erdbeben gefährdeten Gebiet mit Angabe der Erdbebenzone (z. B. Zonen 1 bis 3 nach DIN 4149:2005);
- die für die Art und Größe des Rückhaltevolumens zugrunde gelegten betrieblichen (z. B. Maßnahmen zur Sicherstellung des erforderlichen Rückhaltevolumens) und örtlichen (z. B. zugrunde gelegtes Niederschlagsvolumen) Gegebenheiten;
- verwendete Löschwasserrückhalteeinrichtungen und deren erforderliches Volumen;
- gegebenenfalls Ergebnis der Gefährdungsabschätzung gemäß § 21 Absatz 1 AwSV und Dokumentation des gleichwertigen Aufbaus bei einwandigen unterirdischen Rohrleitungen gemäß § 21 Absatz 2 AwSV;
- gegebenenfalls Ergebnis der Gefährdungsabschätzung gemäß § 38 Absatz 2 AwSV;
- die für die statische Bemessung der Anlage zugrunde gelegten Lastannahmen (siehe auch 5.1.2), für unterirdische Anlagen insbesondere die zulässige Verkehrsflächenbelastung;
- relevante behördliche Genehmigungen, zum Beispiel falls zutreffend:
  - Baugenehmigung,
  - Eignungsfeststellung,
  - Ausnahmen in Wasserschutzgebieten nach den Schutzgebietsverordnungen der Länder,
  - Anordnungen und Ausnahmen nach § 16 AwSV,
  - Genehmigung nach BImSchG,
  - Nachweise der Eignung von Anlagenteilen,
  - Erlaubnis nach BetrSichV oder der ehemaligen Verordnung über brennbare Flüssigkeiten,
  - Einleitungsgenehmigung;
- falls erforderlich örtliche Einleitungsbedingungen und Entwässerungsplan;
- gegebenenfalls Nachweise von durch Fachbetrieben durchgeführte Tätigkeiten;
- gegebenenfalls Prüfberichte der Prüfung nach VAWS oder AwSV, mindestens jedoch der Prüfbericht der letzten durchgeführten Prüfung.